

An  
die Stadtverwaltung  
Herrn Oberbürgermeister Deffner

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2023  
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

**Photovoltaik auf bestehenden Gebäuden – Kultur am Schloß / Theater Ansbach  
33.3310.NEU**

Der Stadtrat möge beschließen,  
im Unterabschnitt 3310 Mittel in Höhe von 60.000 € für die Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach und eines Stromspeichers für das **Theater Ansbach** einzustellen.

Sollte es aus Gründen der Statik nicht möglich sein auch eine kleine Anlage zu errichten, sollen die Mittel dazu verwendet werden, eine PV-Anlage auf anderen städtischen Gebäuden zu errichten.

Folgekostenbetrachtung: Es entstehen voraussichtlich Folgekosten für die Haushaltsjahre 2024ff. für Wartung und Instandhaltung beider Anlagenteile, in Höhe von ca. 600 €/a, denen aber Einnahmen aus Energielieferung ins Netz sowie Senkung der Stromkosten entgegenstehen. Insgesamt dürfte die Anlage zu einem geringem Einnahmen- und Ausgabenüberschuss nach ca. 9-14 Jahren führen.

**Begründung:**

Der von der PV-Anlage erzeugte Strom kann zuerst für die Deckung des eigenen Strombedarfs des Theater Ansbach genutzt werden, durch den Einbau eines Stromspeichers ist auch die Versorgung der Beleuchtung durch selbsterzeugten klimafreundlichen Strom zumindest in Teilen möglich.

Die Stadt Ansbach hat im Jahr 2009 ein Klimaschutzkonzept und die Fortschreibung der Endenergie- und Treibhausgasbilanz für die Stadt Ansbach 2022 beschlossen. Darin ist der Ausbau der erneuerbaren Energien ein wichtiges Ziel, um die angestrebte Absenkung der Treibhausgase zu erzielen. Durch das Klimaschutzkonzept hat die Stadt die Verpflichtung, mit gutem Beispiel voranzugehen. Die beschlossenen Konzepte sind unserer Meinung nach verpflichtend und sollten dementsprechend umgesetzt werden. Mit dem Bau der PV-Anlage wird den Bürgerinnen und Bürgern deutlich gemacht, dass die Stadt die eigenen Ziele ernst nimmt und die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien möglich ist - was nicht zuletzt auch mit den Aktionen zum Tag der erneuerbaren Energien immer wieder angestoßen wird.

Wir möchten anregen, die PV-Anlage auf dem Dach zu installieren:



Wir bitten um Zustimmung zu diesem Antrag.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

Richard Illig (Fraktionsvorsitzende)

Oliver Rühl

Dr. Christian Schoen

Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

An  
die Stadtverwaltung  
Herrn Oberbürgermeister Deffner

10.11.2022

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2023  
der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

**Einsparmöglichkeiten im Vermögenshaushalt 21.2113.9551**

Der Stadtrat möge beschließen,

die auf der Haushaltsstelle **21.2113.9551** mit **60.000 €** in HH 2023 und der Verpflichtungsermächtigung **365.000 €** in HH2024 für den mittelfristigen Finanzplan geplante Hochbaumaßnahme Einzäunung Allwetterplatz soll vorerst nicht umgesetzt werden.

Stattdessen soll eine Reparatur nach der demnächst anstehenden Sanierung des Allwetterplatzes Weinbergschule/Pestalozzischule durchgeführt werden. Über den Zeitplan und die dahinterstehende Problematik sollen Schul- und Kulturausschuss und Bauausschuss erneut beraten.

**Begründung:**

Bis vor einem Jahr bot der Allwetterplatz der Weinbergschule/Pestalozzischule den Menschen im Rügländer Viertel die Möglichkeit, sich nach nachmittags und abends sportlich zu betätigen und im Freien zu treffen.

Leider gab es mehrfach Vandalismus, so dass es zu Sachschäden gekommen ist. Zusätzlich lagen Scherben auf dem Sportgelände; eine gravierende Erhöhung der Unfallgefahr. Mit einem Zaun und dem Abschließen des Allwetterplatzes sollen die Schäden verhindert und die Unfallgefahr vermieden werden. Die Menschen im Rügländer Viertel, die sich friedlich sportlich betätigen, haben dadurch das Nachsehen. Wichtig wäre es zunächst, über die Streetworker und die Polizei eine Änderung des Verhaltens der Vandalen zu erreichen. Sollte es gelingen, eine Verhaltensänderung zu erreichen, würden bei der Umzäunung deutlich geringere Mittel ausreichen.

Nach Auskunft vor Ort soll der Allwetterplatz demnächst ganz oder in Teilen renoviert werden. Die Aschenbahn sei löchrig und könne derzeit nicht verwendet werden. Wir halten es für einen sinnvolleren Zeitpunkt, den Zaun nach der Sanierung des Hartplatzes zu reparieren. Zu leicht entstehen Schäden am Zaun, wenn Baufahrzeuge an der Sport- und Grünfläche arbeiten.

Wir bitten um Unterstützung für unseren Antrag.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

(Fraktionsvorsitzende)

Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Oliver Rühl

(Fraktionsvorsitzender)

Richard Illig

Dr. Bernhard Schmid

An  
die Stadtverwaltung  
Herrn Oberbürgermeister Deffner

**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**  
**Stadtratsfraktion Ansbach**  
**Fischerstraße 6a**  
**91522 Ansbach**

Tel. 0981 / 66689

[ansbach.fraktion@gruene-ansbach.de](mailto:ansbach.fraktion@gruene-ansbach.de)

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2023  
der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

10.11.2022

**Ansbacher Weihnachtsmarkt: Finanzierung sicherstellen VerwHH 7301.6580**

Der Stadtrat möge beschließen,  
die Mittel für den Weihnachtsmarkt auf der Haushaltstelle 7301.6580 **um 60.000 € zu erhöhen** und  
damit Mittel in Höhe von insgesamt 120.000 € einzuplanen.

**Finanzierung:**

Der Steigerung der Ausgaben stellen wir in der Antragsliste der Fraktion Einsparungsvorschläge  
entgegen.

**Begründung:**

Der Weihnachtsmarkt für viele Ansbacherinnen und Ansbacher ein wichtiger Treffpunkt. Im  
Haushaltsentwurf 2023 hat die Verwaltung einen neuen eigenen Unterabschnitt 7301 geschaffen  
und gegenüber dem Ansatz von 2022 für den Weihnachtsmarkt hier die Summe mehr als halbiert  
eingestellt. Bisher waren 130.000 € eingestellt, eine moderate Reduzierung ist auch aus unserer Sicht  
vertretbar.

Wir bitten um Unterstützung für unseren Antrag.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

(Fraktionsvorsitzende)

Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Oliver Rühl

(Fraktionsvorsitzender)

Richard Illig

Dr. Bernhard Schmid

An  
die Stadtverwaltung  
Herrn Oberbürgermeister Deffner

10.11.2022

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2023  
der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

**Einsparmöglichkeiten und Einnahmeerhöhungen im Verwaltungshaushalt**

Der Stadtrat möge beschließen,

Auf der Haushaltsstelle **EP63 6300.5131** Gemeindestraßen, Unterhalt Straßen,  
die Ausgaben um **50.000 € zu mindern**, neuer Ansatz 250.000 €.

Begründung: Der Unterhalt der Straßen gehört zu den Pflichtaufgaben einer Kommune und es ist angeraten, hier stetig am Ball zu bleiben. Jedoch ist in den letzten Jahren in der Stadt Ansbach immer wieder zu beobachten, dass die Fülle an Projekten nicht innerhalb eines Jahres personell umgesetzt werden kann. Zudem gibt es einen Rückstand, der noch abzuarbeiten ist, bevor man sich neuen Projekten widmet. Deshalb halten wir den Ansatz für etwas zu ambitioniert und schlagen eine moderate Reduzierung um 50.000 € vor.

Auf der Haushaltsstelle **EP63 6300.5131** Gemeindestraßen, Entsorgung von Aushub von  
Straßenbanketten, die Ausgaben **um 20.000 € zu mindern**, neuer Ansatz 122.000 €

Begründung: Eine moderate Reduzierung ist angesichts der Haushaltslage und Risiken für die künftigen Jahre wünschenswert.

Wir bitten um Unterstützung für unseren Anträge.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

(Fraktionsvorsitzende)

Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Oliver Rühl

(Fraktionsvorsitzender)

Richard Illig

Dr. Bernhard Schmid

An  
die Stadtverwaltung  
Herrn Oberbürgermeister Deffner

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2023  
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

**Machbarkeitsstudie Wärmeplanung (VermöH 6100.xxxx Neu)**

Der Stadtrat möge beschließen,  
im Unterabschnitt 6100 soll eine **neue Haushaltsstelle Wärmeplanung** geschaffen werden und dafür  
sollen im Haushalt 2023 Mittel in **Höhe von 40.000 €** eingestellt werden.

Mit den Mitteln sollen über eine Machbarkeitsstudie die Voraussetzungen für eine spätere  
Wärmeplanung im Stadtgebiet ermittelt und damit die Grundlage für diese gelegt werden. In der  
Machbarkeitsstudie soll überprüft werden, ob die vier im Stadtgebiet vorhandenen Wärmenetze der  
Stadtwerke erweitert und eventuell verbunden werden können. Des Weiteren soll geprüft werden,  
ob die Rezat, vor allem im Bereich des Freibades, als Primärquelle für eine Großwärmepumpe  
(Flusswärmepumpe) genutzt werden kann, wenn ja, in welchem Umfang und wie viel  
umweltfreundliche Wärme daraus gewonnen werden kann.

Die Verwaltung sollte dabei prüfen, ob Fördermittel vom Bund oder dem Land hierfür zur Verfügung  
gestellt werden.

Der Steigerung der Ausgaben setzen wir in der Antragsliste der Fraktion Einsparungsvorschläge  
entgegen.

Folgekostenbetrachtung:

Es entstehen voraussichtlich keine Folgekosten für die Haushaltsjahre 2024ff.

**Begründung:**

Die Beheizung unsere Gebäude muss zukünftig ohne fossile Energien geschehen.

Die kommunale Wärmeplanung ist die Grundlage für die Ermittlung der Potentiale von Abwärme und  
Bedarf. Aktuell gibt es in Bayern leider keine Förderung, vielleicht ändert sich das aber.

Wir bitten um Zustimmung zu diesem Antrag.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

Oliver Rühl (Fraktionsvorsitzende)

Richard Illig

Dr. Bernhard Schmid

Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

An  
die Stadtverwaltung  
Herrn Oberbürgermeister Deffner

**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**  
**Stadtratsfraktion Ansbach**  
**Fischerstraße 6a**  
**91522 Ansbach**  
Tel. 0981 / 66689  
[ansbach.fraktion@gruene-ansbach.de](mailto:ansbach.fraktion@gruene-ansbach.de)

## **Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2023 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

10.11.2022

### **Einsparmöglichkeiten und Einnahmeerhöhungen im Vermögenshaushalt**

Der Stadtrat möge beschließen,

Auf der Haushaltsstelle EP21 **2113.9551** Einzäunung Allwetterplatz  
die Ausgaben **um 60.000 € zu mindern** und damit Maßnahme nicht im Jahr 2023  
umzusetzen.

#### Begründung

Nach Auskunft vor Ort soll der Allwetterplatz demnächst ganz oder in Teilen renoviert werden. Die Aschenbahn sei löchrig und könne derzeit nicht verwendet werden. Wir halten es für einen sinnvolleren Zeitpunkt, den Zaun nach der Sanierung des Hartplatzes zu reparieren. Zu leicht entstehen Schäden am Zaun, wenn Baufahrzeuge an der Sport- und Grünfläche arbeiten.

Außerdem bot der Allwetterplatz der Weinbergschule/Pestalozzischule bis vor einem Jahr den Menschen im Rügländer Viertel die Möglichkeit, sich nach nachmittags und abends sportlich zu betätigen und im Freien zu treffen.

Leider gab es mehrfach Vandalismus, so dass es zu Sachschäden gekommen ist. Zusätzlich lagen Scherben auf dem Sportgelände; eine gravierende Erhöhung der Unfallgefahr. Mit einem Zaun und dem Abschließen des Allwetterplatzes sollen die Schäden verhindert und die Unfallgefahr vermieden werden. Die Menschen im Rügländer Viertel, die sich friedlich sportlich betätigen, haben dadurch das Nachsehen. Wichtig wäre es zunächst, über die Streetworker und die Polizei eine Änderung des Verhaltens der Vandalen zu erreichen. Sollte es gelingen, eine Verhaltensänderung zu erreichen, würden bei der Umzäunung zudem deutlich geringere Mittel ausreichen.

++

Auf der Haushaltsstelle EP55 **5500.9850** Baukostenzuschuss Freizeitbad Aquella,  
die Ausgaben **um 500.000 € zu mindern** und damit die Maßnahme nicht im Jahr 2023 umzusetzen.

Begründung: Das Freizeitbad Aquella ist eine sehr wichtige Freizeiteinrichtung und bietet vielen Ansbacherinnen und Ansbachern Erholung und Freizeitvergnügen. Die Teilsanierung mit einhergehender Schließung von fast drei Jahren ist für viele noch in guter Erinnerung. Die lange Schließung in den Coronajahren 2020 und 2021 haben dazu geführt, dass viele Kinder und Jugendliche nicht das Schwimmen erlernen konnten - dieses Defizit ist noch nicht ausgemerzt und auch aus diesem Grund ist zu überlegen, ob eine Sanierung zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoll ist. Angesichts der enormen Preissteigerungen bei den Bauprojekten und der allgemeinen unsicheren wirtschaftlichen Lage halten wir die Verschiebung der Maßnahme für dringend geboten. Zudem sind die finanziellen Risiken für Stadtwerke im Allgemein derzeit wegen der gestiegenen Beschaffungskosten sehr hoch.

++

Auf der Haushaltsstelle EP61 **6100.9593** Städtebaulichen Planungen

die Ausgaben **um 10.000 € zu mindern** und den Ansatz damit auf 15.000 € zu reduzieren.

Begründung: Aufgrund der langen Liste an begonnenen und verschobenen Projekten ist es sinnvoll, von neuen Planungen erst einmal Abstand zu nehmen.

++

Auf der Haushaltsstelle EP63 **6313.9591** Ortsdurchfahrt Kammerforst

die Ausgaben **um 20.000 € zu mindern** und damit die Planungen und damit Maßnahme nicht im Jahr 2023ff umzusetzen, dies gilt auch für die Baumaßnahme in der mittelfristigen Finanzplanung.

Begründung:  
erfolgt mündlich

++

Auf der Haushaltsstelle EP63 **6348.9591** Gehweg Bocksberg

die Ausgaben **um 65.000 € zu mindern** und damit die Planungen und Maßnahme nicht im Jahr 2023ff umzusetzen.

Begründung:  
Siehe Extra Antragstext.

++

Auf der Haushaltsstelle EP63 **6373.9501 Erneuerung Verschleißdecken**

die Ausgaben **um 70.000 € zu mindern** und damit auf den Ansatz von 2022 zu kommen.

Begründung:  
erfolgt mündlich

++

Auf der Haushaltsstelle EP88 **8817.9321** Erwerb von unbebauter Grundstücke für die weitere zur weiteren Siedlungsentwicklung, die Ausgaben **um 2.500.000 € zu mindern**, Ansatz auf um 300.000 € zu reduzieren.

Begründung:  
Es wurde keine Betrachtung der Folgekosten durchgeführt und vorgelegt.

++

Auf der Haushaltsstelle EP88 **8818.9320** Erwerb v. Grundstücken,  
die Ausgaben **um 445.000 € zu mindern**

Begründung:  
Es wurde keine Betrachtung der Folgekosten durchgeführt und vorgelegt.

++

Auf der Haushaltsstelle EP88 **8891.9551** Abbruch der Schule Obereichenbach,

die Ausgaben **um 90.000 € zu mindern** und damit Maßnahme nicht im Jahr 2023 umzusetzen.

Begründung:  
Aufgrund der angespannten Haushaltslage ist dieses Projekt nicht in 2023 zu realisieren.



++

Wir bitten um Unterstützung für unseren Anträge.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

(Fraktionsvorsitzende)

Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Oliver Rühl

(Fraktionsvorsitzender)

Richard Illig

Dr. Bernhard Schmid

An  
die Stadtverwaltung  
Herrn Oberbürgermeister Deffner

10.11.2022

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2023  
der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Der Stadtrat möge beschließen,  
die Seniorenarbeit zu stärken und für die sonstigen sozialen Leistungen für diese im Haushalt 2023 (VerwH 49.4986.7899) insgesamt **12.500 €**, damit eine Erhöhung um **7.700 €** - ein leicht erhöhter Ansatz gegenüber früheren Haushaltsjahren – anzusetzen.

**Finanzierung:**

Der Steigerung der Ausgaben stellen wir in der Antragsliste der Fraktion Einsparungsvorschläge entgegen.

**Begründung:**

Coronabedingt waren in den letzten beiden Jahren kaum Aktivitäten des Seniorenbeirats möglich. Das Ergebnis 2021 (10.337,96 €) ist die Richtschnur für unseren Antrag, zudem wurden nach Auskunft des Seniorenbeirats schon 2022 mehr Mittel in Anspruch genommen. Der Ansatz im HH 2023 i.H.v. 4.800 € wird dem vielfältigen, ehrenamtlichen Engagement nicht gerecht: Kulturelle Veranstaltungen, der Seniorentanz und die Öffentlichkeitsarbeit ist mit diesem Betrag nicht zu leisten. Wir verweisen zudem auf die Umsetzung des fortgeschriebenen Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts – eine Mitarbeit des Seniorenbeirats hinsichtlich der Ergebnisse (Vorträge und Infoveranstaltungen für Senioren, Mitwirkung bei öffentlichen Veranstaltungen wie Gesundheitstag etc.) wäre mehr als fraglich.

Die Summe von 12.500 € sollte uns als Stadt die wertvolle ehrenamtliche Arbeit des Seniorenbeirats wert sein – diese entspricht etwas mehr als 1 € pro Senior\*in in unserer Stadt.

Darum bitten wir um Unterstützung für unseren Antrag.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner  
(Fraktionsvorsitzende)

Oliver Rühl  
(Fraktionsvorsitzender)

Sabine Stein-Hoberg

Richard Illig

Dr. Bernhard Schmid

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

An  
die Stadtverwaltung  
Herrn Oberbürgermeister Deffner

10.11.2022

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2023  
der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

**Retti-Palais Zuschuss laufender Museumsbetrieb (VerwH 3215.7180)**

Der Stadtrat möge beschließen,  
im Jahr der Eröffnung des Museumsbetriebs des Retti-Palais den Zuschuss für den laufenden Betrieb  
des Museums wie in den letzten Jahren in Höhe von **30.000 €** auf der Haushaltsstelle 3215.7180  
einzustellen.

**Finanzierung:**

Der Steigerung der Ausgaben stellen wir in der Antragsliste der Fraktion Einsparungsvorschläge  
entgegen.

**Begründung:**

Im Entwurf des Haushalts 2023 ist kein Zuschuss für den Museumsbetrieb des Retti-Palais  
vorgesehen, was aufgrund der aktuellen allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu  
Lücken in der Finanzierung führt.

Wir als Stadt Ansbach sollten die enormen Leistungen des Förderverein Retti e.V. im Eröffnungsjahr  
angesichts der auch für die Stadt großen kulturellen Bedeutung des Retti-Palais würdigen und den  
laufenden Betrieb des Museums unterstützen. Dieses hat außerdem sicherlich Strahlkraft für unsere  
Stadt und es mutete seltsam an, wenn die Stadt hier keinen Beitrag leistete.

Wir bitten um Unterstützung für unseren Antrag.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

(Fraktionsvorsitzende)

Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Oliver Rühl

(Fraktionsvorsitzender)

Richard Illig

Dr. Bernhard Schmid

An  
die Stadtverwaltung  
Herrn Oberbürgermeister Deffner

**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**  
**Stadtratsfraktion Ansbach**  
**Fischerstraße 6a**  
**91522 Ansbach**  
Tel. 0981 / 66689  
[ansbach.fraktion@gruene-ansbach.de](mailto:ansbach.fraktion@gruene-ansbach.de)

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2023  
der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

10.11.2022

**Stärkung Jugendarbeit, Jugendpflege und Pro-Jugend-Karte (VerwH 45.4515.6580)**

Der Stadtrat möge beschließen,  
die sonstige Jugendarbeit/Jugendpflege zu stärken und für die Geschäftsausgaben Pro-Jugend-Karte  
im Haushalt 2023 (VerwH 45.4515.6580) **5.000 EUR**, und damit eine Erhöhung um 4.000 €,  
anzusetzen und damit einen leicht erhöhten Ansatz gegenüber früheren Haushaltsjahren.

**Finanzierung:**

Der Steigerung der Ausgaben stellen wir in der Antragsliste der Fraktion Einsparungsvorschläge  
entgegen.

**Begründung:**

Der Ansatz für die Pro Jugend Karte im Haushalt 2023 sollte nicht hinter dem Ansatz für 2022  
zurückbleiben. Die Jugend hat unter den letzten beiden Pandemie-Jahren besonders gelitten.

Laut Website der Stadt Ansbach bietet die Pro-Jugend-Karte u.a. Schnuppermitgliedschaften in  
unterschiedlichen Vereinen, Freikarten für das Schwimmbad, einen Gutschein für das Brücken-Center,  
eine vergünstigte Theaterkarte, einen Kinogutschein. Möglich wird dieses Angebot dank der  
zahlreichen, unterschiedlichen Kooperationspartner aus den Bereichen Kultur, Bildung, Sport und  
Unterhaltung.

Die Pro Jugend Karte ist auf die Interessen aller Ansbacher Kinder und Jugendlichen ausgerichtet und  
ermöglicht zu einem geringen Preis (bisher 9 EUR) das Kennenlernen und die Nutzung der Angebote in  
Ansbach. Behinderte Kinder und Pflegekinder im Stadtgebiet Ansbach sowie Kinder, deren Eltern  
Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Asylbewerberleistungen, Kinderwohngeld oder Kinderzuschlag  
beziehen, bekamen die Karte kostenfrei zur Verfügung gestellt. Dies soll auch zukünftig der Fall sein.

Wir wünschen uns eine Neuauflage dieses tollen Angebots, die entsprechende Bewerbung und bitten  
um Unterstützung für unseren Antrag.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner  
(Fraktionsvorsitzende)

Oliver Rühl  
(Fraktionsvorsitzender)

Sabine Stein-Hoberg

Richard Illig

Dr. Bernhard Schmid

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

An  
die Stadtverwaltung  
Herrn Oberbürgermeister Deffner

**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**  
**Stadtratsfraktion Ansbach**  
**Fischerstraße 6a**  
**91522 Ansbach**

Tel. 0981 / 66689

[ansbach.fraktion@gruene-ansbach.de](mailto:ansbach.fraktion@gruene-ansbach.de)

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2023  
der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

10.11.2022

**Erhöhung Projekte Jugendrat im Haushalt 2023 (VerwH 45.4515.6587)**

Der Stadtrat möge beschließen,  
die sonstige **Jugendarbeit/Jugendpflege** zu stärken und für die sonstigen Geschäftsausgaben  
Projekte Jugendrat im Haushalt 2023 (VerwH 45.4515.6587) **7.000 EUR** , damit eine Erhöhung um  
4.000 € anzusetzen.

**Finanzierung:**

Der Steigerung der Ausgaben stellen wir in der Antragsliste der Fraktion Einsparungsvorschläge  
entgegen.

**Begründung:**

Der Ansatz für die Projekte Jugendrat im Haushalt 2023 sollte nicht hinter dem Ansatz für 2022  
zurückbleiben. Die Jugend hat unter den letzten beiden Pandemie-Jahren besonders gelitten,  
Ausgaben für Veranstaltungen und Projekte waren nur sehr eingeschränkt möglich.

Wir haben als Stadt Ansbach den Jugendrat eingerichtet – der Jugendrat der Stadt Ansbach kümmert  
sich um die Interessen und Belange der Kinder und Jugendlichen in der Stadt.

Wir wünschen uns, dass der neu konstituierte Jugendrat nun nach den schwierigen Pandemie-Jahren,  
in denen die Jugendarbeit weitgehend brachlag, mit guter finanzieller Ausstattung motiviert und  
engagiert Ideen und Projekte für die Jugend unserer Stadt planen und umsetzen kann. 7.000 EUR  
halten wir angemessen für diese wichtige Aufgabe und bitten um Unterstützung für unseren Antrag.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner  
(Fraktionsvorsitzende)

Oliver Rühl  
(Fraktionsvorsitzender)

Sabine Stein-Hoberg

Richard Illig

Dr. Bernhard Schmid

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

An  
die Stadtverwaltung  
Herrn Oberbürgermeister Deffner

## **Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2023 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

### **Photovoltaik auf bestehenden Gebäuden – Parkhaus am Mühlbach**

Der Stadtrat möge beschließen,  
wie in den Haushaltsberatungen 2021 für Mittelfristigen Finanzplanung für 2023 beschlossen, soll auf der vorhandene Haushaltsstelle 6891.NEU, Mittel **in Höhe von 35.000 €** für die Errichtung einer Photovoltaikanlage und eines Stromspeichers für das Parkhaus am Mühlbach eingestellt werden. Die Speichergröße soll sich an der Deckung der Eigenverbrauchsquote von 75% orientieren.

Es handelt sich um eine einmalige Haushaltsausgabe für das Haushaltsjahr 2023.

Folgekostenbetrachtung: Es entstehen voraussichtlich Folgekosten für die Haushaltsjahre 2024ff für Wartung und Instandhaltung beider Anlagenteile, in Höhe von ca. 600 €/a, denen aber Einnahmen aus Energielieferung ins Netz sowie Senkung der Stromkosten entgegenstehen. Insgesamt dürfte die Anlage zu einem geringem Einnahmen- und Ausgabenüberschuss nach ca. 12 Jahren führen.

#### **Begründung:**

Trotz Beschluss in den Haushaltsberatungen 2021 fehlt die Mittel für die Errichtung der PV-Anlage und des Speichers, obwohl die Eigenerzeugung von Strom immer größere Bedeutung gewinnt und die Kosten für die Beschaffung von Strom sehr viel Geld kosten.

Der von der PV-Anlage erzeugte Strom kann zuerst für die Deckung des eigenen Strombedarfs des Parkhauses durch Parkscheinautomat, die Schranke und sonstigen Strombedarf genutzt werden, durch den Einbau eines Stromspeichers ist auch die Versorgung der Beleuchtung durch selbsterzeugten klimafreundlichen Strom zumindest in Teilen möglich.

Die Stadt Ansbach hat im Jahr 2009 ein Klimaschutzkonzept beschlossen. Darin ist der Ausbau der erneuerbaren Energien ein wichtiges Ziel, um die angestrebte Absenkung der Treibhausgase zu erzielen. Durch das Klimaschutzkonzept hat die Stadt die Verpflichtung, mit gutem Beispiel voranzugehen. Die beschlossenen Konzepte sind unserer Meinung nach verpflichtend und sollten dementsprechend umgesetzt werden. Mit dem Bau der PV-Anlage wird den Bürgerinnen und Bürgern deutlich gemacht, dass die Stadt die eigenen Ziele ernst nimmt und die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien möglich ist - was nicht zuletzt auch mit den Aktionen zum Tag der erneuerbaren Energien immer wieder angestoßen wird.

Bereits im letzten Jahr haben wir immer wieder angeregt, eine Photovoltaik-Anlage auf dem Parkhaus am Mühlbach zu installieren. Leider waren die Stellungnahmen der Stadtverwaltung zu einer möglichen Umsetzung in den Ausschüssen bislang wenig zuversichtlich.

Wir möchten anregen, die PV-Anlage auf den Gestaltungselementen der Fassade zu installieren, siehe Bilder:



Weiter Flächen bietet das Treppenhausdach.

Wir bitten um Zustimmung zu diesem Antrag.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

Richard Illig

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Oliver Rühl (Fraktionsvorsitzende)

Dr. Bernhard Schmid

Sabine Stein-Hoberg

An  
die Stadtverwaltung  
Herrn Oberbürgermeister Deffner

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2023  
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

**Aufnahme des Neubaus der Werkstätten und der Generalsanierung der Berufsschule 1  
/ Wirtschaftsschule in die Mittelfristige Finanzplanung der Stadt Ansbach.**

Antrag:

Aufnahme der Generalsanierung der Berufsschule 1 /Wirtschaftsschule in die Mittelfristige Finanzplanung der Stadt Ansbach.

- 2024: 250.000€ Baunebenkosten
- 2025: 2.500.000€ Hochbaumaßnahme: Beginn des Bauvorhabens, Neubau Werkstätten  
500.000€ Baunebenkosten
- 2026: 5.000.000€ Hochbaumaßnahme: Neubau Werkstätten  
500.000€ Baunebenkosten
- 2027: 5.000.000€ Fertigstellung Neubau Werkstätten & Beginn Generalsanierung  
Berufsschule, Ersatzbauten, Auslagerungen  
500.000€ Baunebenkosten
- 2028: 5.000.000€ Generalsanierung Berufsschule  
500.000€ Baunebenkosten
- 2029ff: Weiterführung der Generalsanierung Berufsschule und Wirtschaftsschule

Eine genaue Kostenschätzung liegt aufgrund der gestiegenen Baukosten nicht vor. Das städtische Bauamt schätzte im zuständigen Ausschuss die Kosten der Werkstätten auf ca. 8,3 Mio €. Im obigen Ansatz haben wir einen Inflationszuschlag und Kostensteigerung aufgrund der gestiegenen Baukosten hinzugerechnet.

Die Gesamtbau- und Sanierungskosten sind aufgrund der unsicheren Lage adhoc schwer genau zu kalkulieren. Derzeit werden die vorgestellten Planungen des Hochbauamtes überarbeitet. Ein Wettbewerb zur genaueren Darstellung ist beabsichtigt. Die vorgestellte Kostenschätzung des Bauamtes lag bei ca. 46 Mio für die Sanierung von Berufs- und Wirtschaftsschule. Eine Förderung bis zu 60%- 80% auf zuwendungsfähige Bauanteile ist denkbar. Bei Berufsschulen ist auch eine erstmalige berufsspezifische Ausstattung nach FAZ-R förderfähig.

Begründung:

Der Zustand der Berufsschule 1 ist seit Jahren stark sanierungsbedürftig. Die Verwaltung und Oberbürgermeister Deffner sahen bereits 2010 die Sanierung der Berufsschule als oberste Priorität. 2012 hat die Stadt Ansbach den Antrag auf Generalinstandsetzung gestellt. 2014 erteilte die Regierung von Mittelfranken, Schulaufsicht, die Genehmigung. Danach wurden jedoch lediglich ein Verwaltungsanbau erstellt und nach der Sanierung der Fassade des Hauptgebäudes die Sanierung abgebrochen (Bauabschnitte 1 & 2).

Wir begrüßen die genauen Untersuchungen des Hochbauamtes für eine effektive, durchdachte und sinnvolle Generalsanierung.

Bauabschnitt 3 ist der Neubau der Werkstätten. Aufgrund der desolaten Bedingungen ist der Neubau dringend in die mittelfristige Finanzplanung aufzunehmen.



An  
die Stadtverwaltung  
Herrn Oberbürgermeister Deffner

**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**  
**Stadtratsfraktion Ansbach**  
**Fischerstraße 6a**  
**91522 Ansbach**

Tel. 0981 / 66689

[ansbach.fraktion@gruene-ansbach.de](mailto:ansbach.fraktion@gruene-ansbach.de)

10.11.2022

## **Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2022 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

### **6373.9503 Gemeindestraßen 2023 Erhöhung der Haushaltsmittel für Maßnahmen Radwegenetz**

Der Stadtrat möge beschließen,  
im Unterabschnitt **6373** Gemeindestraßen für die Maßnahmen  
zum Radwegenetz eine Erhöhung der Haushaltsmittel in Höhe  
um 23.000 € auf 43.000 € einzustellen. Diese Mittel können  
ebenso für Radinfrastruktur wie z.B. Schließfächer mit  
Lademöglichkeit aufgewendet werden. Wir beauftragen die  
Verwaltung ggf. entsprechende Fördermittel für den  
Radverkehr zu beantragen.

Der Steigerung der Ausgaben setzen wir in der Antragsliste der  
Fraktion Einsparungsvorschläge entgegen.

Folgekostenbetrachtung:

Es entstehen voraussichtlich Folgekosten für die  
Haushaltsjahre 2024ff.



Gepäcksafe in Weimar, Foto: Sabine Stein-Hoberg

#### **Begründung:**

Wir halten die von der Verwaltung eingestellten 20.000 € für die Radinfrastruktur und Beschaffung und Herstellung von Fahrraddächern, Gepäckboxen, Fahrradlehnbügel nicht für ausreichend. Die Stadt Ansbach sollte mindestens 1 € pro Einwohner\*in für den Radverkehr pro Jahr zur Verfügung stellen.

Die Fahrradmobilität ist ein wichtiger Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele.

Wir bitten um Unterstützung für unseren Antrag.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

(Fraktionsvorsitzende)

Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Oliver Rühl

(Fraktionsvorsitzender)

Richard Illig

Dr. Bernhard Schmid

An  
die Stadtverwaltung  
Herrn Oberbürgermeister Deffner

## **Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2023 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

### **Erlebnisraum Rezat (VermöH 6100.xxx Neu und Mittelfristige Finanzplanung)**

Der Stadtrat möge beschließen,  
für die Umgestaltung Rezatparkplatz zum „Erlebnisraum Rezat“ für das Haushaltsjahr 2023  
Planungskosten in **Höhe von 40.000 €**, für die mittelfristige Finanzplanung 250.000 € einzustellen.  
Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, sich um eine Förderung von Bund oder Land zu  
bemühen.

Finanzierung: Der Steigerung der Ausgaben stellen wir in der Antragsliste der Fraktion  
Einsparungsvorschläge entgegen.

Folgekostenbetrachtung:

Es entstehen voraussichtlich Folgekosten für die Haushaltsjahre 2023ff für Unterhalt und Erhalt.

#### **Begründung:**

Wir erlauben uns auch in diesem Jahr zu beantragen, dass im Rahmen des Hochwasserschutzes der  
zentral an der Rezat gelegene Bereich des Rezatparkplatzes umgewidmet wird. Die Rezat-Auen  
haben aus unserer Sicht großes städtebauliches Potenzial, das mit der Nutzung als Parkplatz nicht  
ausgeschöpft wird.

Der Rück- bzw. Umbau des Bereichs der Rezat nördlich der Innenstadt zu einem „Erlebnisraum  
Rezat“ mit parkähnlicher Anlage, Aufenthaltsbereichen mit überdachten Bereichen wie Pavillons,  
Spiel- und Grillplatz hat unserer Meinung nach erheblichen Mehrwert: Als „grüne Lunge“ unserer  
Stadt würde dieser Bereich für einen Ausgleich bei steigenden Temperaturen aufgrund des  
Klimawandels sorgen - auch nach Ansicht des Wasserwirtschaftsamtes wird der Klimawert der Auen  
in Zukunft hohe Bedeutung haben, eine entsprechende Entwicklungsplanung werde positiv gesehen.  
Zudem fehlen in der Innenstadt (Natur-)Räume mit Aufenthaltsqualität für Familien, Jugendliche,  
ältere Menschen, ohne Konsumzwang.

Wir bitten um Unterstützung für unseren Antrag.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

(Fraktionsvorsitzende)

Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Oliver Rühl

(Fraktionsvorsitzender)

Richard Illig

Dr. Bernhard Schmid

An  
die Stadtverwaltung  
Herrn Oberbürgermeister Deffner

10.11.2022

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2023  
der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

**Einsparmöglichkeiten im Vermögenshaushalt 63.6348.9501**

Der Stadtrat möge beschließen,

die auf der Haushaltsstelle **63.6348.9501** mit **65.000 €** in HH2023, sowie mittelfristigen Finanzplan (+2024: 150.000€ und 2025: 150.000€) geplante Tiefbaumaßnahme **Gehweg Bocksberg** soll vorerst nicht umgesetzt werden. Stattdessen soll der zuständige Bauausschuss erneut beraten.

**Begründung:**

Der Gehweg Bocksberg nach Schalkhausen wurde von der BAP-Fraktion in den Haushaltsberatungen 2021 erfolgreich mit Mitteln in Höhe von 50.000 € beantragt und beschlossen.

Die nun bekannt gewordenen notwendigen Finanzmittel in Höhe von 530.000 € sind eine fast 10-fache Steigerung gegenüber dem ursprünglichen Antrag der BAP. Die von der BAP-Fraktion beantragten Kosten von 50.000 € reichen für die Maßnahme nicht aus. Aus diesem Grund ist bei der Kostenabweichung ein neuer Beschluss des Stadtrats zwingend. Der Stadtrat sollte sich deshalb ausführlich mit der Umsetzung beschäftigen, Alternativen prüfen, Ausführung evtl. anpassen und die Maßnahme geschoben werden.

Wir bitten um Unterstützung für unseren Antrag.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

(Fraktionsvorsitzende)

Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Oliver Rühl

(Fraktionsvorsitzender)

Richard Illig

Dr. Bernhard Schmid

An  
die Stadtverwaltung  
Herrn Oberbürgermeister Deffner

**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**  
**Stadtratsfraktion Ansbach**  
**Fischerstraße 6a**  
**91522 Ansbach**

Tel. 0981 / 66689

[ansbach.fraktion@gruene-ansbach.de](mailto:ansbach.fraktion@gruene-ansbach.de)

10.11.2022

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2023  
der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

**Aufbau und Betrieb einer provisorischen Ampel am Windmühlberg VermÖH 63.6600.5135 Neu**

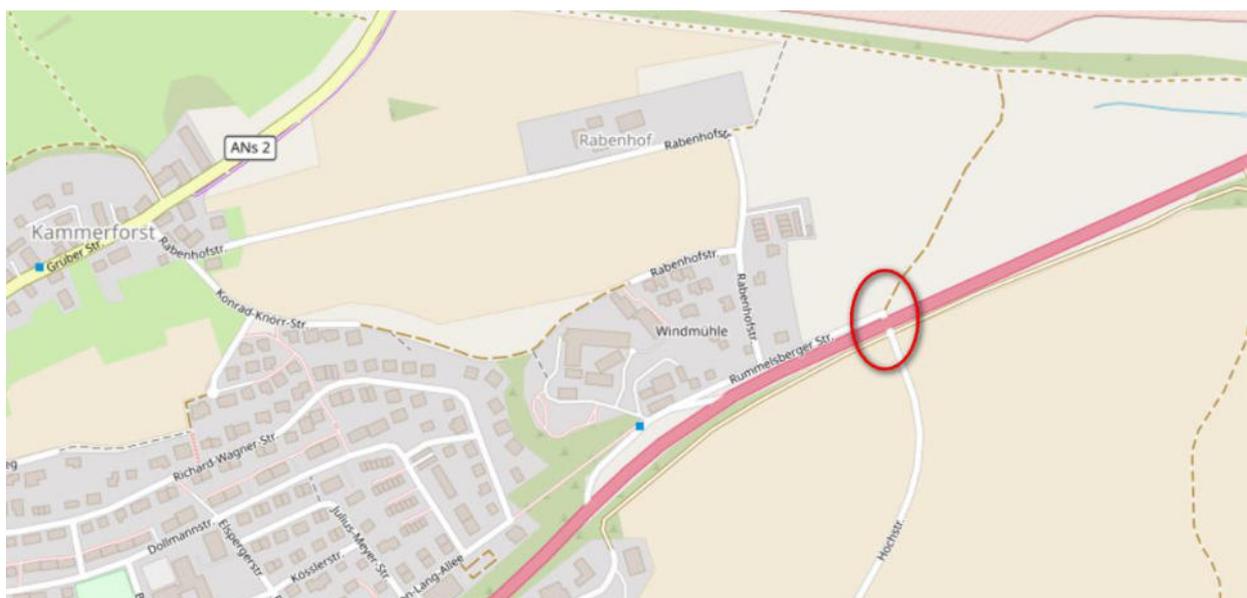
Der Stadtrat möge beschließen:

Eine provisorische Lichtzeichenanlage soll eine Querung der B14 auf der Höhe der Einmündung Hochstraße für Menschen, die zu Fuß und auf dem Fahrrad unterwegs sind, sichern. **Dafür sollen auf der Haushaltsstelle 63.6600.5135 Neu 100.000 €** für Aufstellung, Unterhalt mit Wartung für einschließlich ein Jahr eingestellt werden. Folgekostenbetrachtung: Der Unterhalt für weitere Folgejahre beträgt pro Jahr etwa 27.000 €

**Begründung:**

Die B14 durchschneidet Ansbach mit seinen Ortsteilen Windmühlberg/Rabenhof und Pfaffengreuth auf gefährliche Art und Weise. Nach mehreren schweren Unfällen (z.T. mit Todesfolge) muss hier dringend auch kurzfristig ein sicherer Überweg geschaffen werden. Das Straßenstück der B14 ist nicht übersichtlich (Bergkuppe, Einmündungen, Abbiegespur, nahender Ortseingang). Weiterhin queren Menschen an dieser Stelle die Straße.

Finanzierung: Den Ausgaben für diesen Antrag stellen wir in der Antragsliste der Fraktion Einsparungsvorschläge entgegen.



Wir bitten um Unterstützung für unseren Antrag.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner  
(Fraktionsvorsitzende)

Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Oliver Rühl

(Fraktionsvorsitzender)

Richard Illig



Dr. Bernhard Schmid

An  
die Stadtverwaltung  
Herrn Oberbürgermeister Deffner

**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**  
**Stadtratsfraktion Ansbach**  
**Fischerstraße 6a**  
**91522 Ansbach**  
Tel. 0981 / 66689  
[ansbach.fraktion@gruene-ansbach.de](mailto:ansbach.fraktion@gruene-ansbach.de)

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2023  
der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

10.11.2022

**Modernisierung des Stadtfest umsetzen, Finanzierung sicherstellen VerwH 7302.6580**

Der Stadtrat möge beschließen,  
die Mittel für das traditionelle Stadtfest trotz der angedachten Reduzierung auf vier Tage und damit des Verzichts auf den Sonntag bei **80.000 €** zu sichern, und damit die im neuen Unterabschnitt 7302 eingestellte Summe auf der Haushaltsstelle 7302.6580 um **20.000 € zu erhöhen**.

**Finanzierung:**

Der Steigerung der Ausgaben stellen wir in der Antragsliste der Fraktion Einsparungsvorschläge entgegen.

**Begründung:**

Das Stadtfest ist neben dem Weihnachtsmarkt für viele Ansbacherinnen und Ansbacher, das Event des Jahres. Im Haushaltsentwurf 2023 hat die Verwaltung einen neuen eigenen Unterabschnitt geschaffen und dabei auch für das Altstadtfest geänderte Summen eingestellt. In dem Zuge wurde die Mittel von 90.000 € auf 60.000 € reduziert. Diese erhebliche Reduzierung ist durch den Wegfall des Sonntags nicht gerechtfertigt, zumal die Inflation aus unserer Sicht zusätzlich zu berücksichtigen ist. Wir sind bereit, das angedachte Konzept der Reduzierung der Länge des Altstadtfests von fünf auf vier Tage (Mittwoch bis Samstag) mitzutragen, jedoch muss die Durchführung des Stadtfests ausreichend finanziert sein.

Wir bitten um Unterstützung für unseren Antrag.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

(Fraktionsvorsitzende)

Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Oliver Rühl

(Fraktionsvorsitzender)

Richard Illig

Dr. Bernhard Schmid



An  
die Stadtverwaltung  
Herrn Oberbürgermeister Deffner

**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**  
**Stadtratsfraktion Ansbach**  
**Fischerstraße 6a**  
**91522 Ansbach**

Tel. 0981 / 66689

[ansbach.fraktion](http://ansbach.fraktion)

[@gruene-ansbach.de](mailto:@gruene-ansbach.de)

Ansbach, 07.11.2022

## **Antrag**

**von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu den Haushaltsberatungen 2023**

### **Glasplattenarchiv VermöH 3210.9351 NEU**

Der Stadtrat beschließt, 2023 die Digitalisierung von 1.000 Glasplatten des Fotoarchivs Berberich in Auftrag zu geben und über das Markgrafenmuseum oder einen geeigneten anderen Weg der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Die Digitalisierung von 1.000 Glasplatten verursacht Sachkosten in Höhe von 11.000 €. Dazu kommen Kosten für einen externen Honorarvertrag in Höhe von 6.000 €.

Für die dafür notwendigen Sach- und Personalmittel wird soweit möglich auf die Mittel der Museumsstiftung zurückgegriffen.

Finanzierung: Den Ausgaben stellen wir eine Verringerung an anderer Stelle entgegen.

#### Begründung:

Die Glasplatten des Fotoarchivs Berberich sind ein sehr wertvolles, aber auch sehr empfindliches Zeitdokument der Ansbacher Geschichte. Durch Umwelteinflüsse wie Feuchtigkeit oder ein Erdbeben könnten sie unwiederbringlich zerstört werden.

Die Digitalisierung umfasst das Scannen und Verschlagworten sowie die Vergabe von Inventarisierungsnummern. Für die umfangreichen Aufgaben lassen sich Fördermittel abrufen, u.a. über Bavarikon, d.h. im Rahmen von „Bayern.digital“.

Quelle: <https://www.facebook.com/groups/1306467526046204>

Hinweis auf ein vergleichbares Vorhaben des Bayerischen Landesvereins:

<https://www.br.de/mediathek/video/bilderschatz-die-plattform-bavarikon-av:61f2f95d48a3a30009148808>

Wir bitten um Unterstützung für unseren Antrag.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

(Fraktionsvorsitzende)

Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Oliver Rühl

(Fraktionsvorsitzender)

Richard Illig

Dr. Bernhard Schmid

An  
die Stadtverwaltung  
Herrn Oberbürgermeister Deffner

09.11.2022

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2023  
der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Der Stadtrat möge beschließen,

sämtliche nachfolgend aufgeführten, sowohl von der Verwaltung als auch von den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, OLA und ödp beantragten zwei zusätzlichen unbefristeten Stellen (zweite\*r Klimaschutzbeauftragte\*r und im kommunalen Energiemanagement) und die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte unbefristete Stelle im Bereich des Baucontrolling zu schaffen:

| Referat/<br>Fachbereich  | Kurzbeschreibu<br>ng Aufgabe   | Kurzbeschreibu<br>ng Begründung  | Stellen-<br>umfang<br>(VK) | Besoldungs-/<br>Entgeltgruppe           | Personal-<br>kosten (€ / Jahr) | weitergehende<br>Ausführungen<br>siehe Anlage |
|--|--|--|----------------------------|---|--------------------------------|---|
| <b>Ref. 1 /<br/>Amt für<br/>Soziales<br/>(Zuweisung<br/>über<br/>Personalreserv<br/>e)</b>   | Sachbearbeitung<br>Wohngeld  | Umsetzung<br>Entlastungspaket<br>III   | 2,0                        | A 8 BayBesG /<br>EG 9 a TVöD            | 117.000,00 €                   | Ref. 1 / 1                                    |
| <b>Ref. 1 /<br/>Amt für<br/>Soziales</b>   | Sachbearbeitung<br>Grundsicherung  | dauerhafter<br>Anstieg der<br>Fallzahlen   | 0,5                        | A 9 (2. QE)<br>BayBesG /<br>EG 9 a TVöD | 30.500,00 €                    | Ref. 1 / 2                                    |
| <b>Ref. 1 /<br/>Amt für Familie<br/>und Jugend</b>   | Ersatzbetreuung<br>Kindertagespfleg<br>e   | Ablösung<br>Stützpunktmodell<br>Mütterzentrum  | 0,5                        | EG S 4 TVöD                             | 26.200,00 €                    | Ref. 1 / 3                                    |
| <b>Ref. 1 /<br/>Amt für Familie<br/>und Jugend</b>   | Sachbearbeitung<br>Vormundschaften   | gesetzliche<br>Trennung des<br>Bereichs von<br>anderen<br>Rechtskreisen                                      | 0,5                        | A 10 BayBesG /<br>EG 9 c TVöD           | 33.100,00 €                    | Ref. 1 / 4                                    |
| <b>Ref. 2 /<br/>Amt für<br/>Ordnung,<br/>Umwelt- und<br/>Bürgerservice<br/>(Zuweisung<br/>teilweise über<br/>Personalreserv<br/>e)</b> | Sachbearbeitung<br>Ausländer- und<br>Staatsangehörig<br>keits-<br>recht,<br>Einbürgerungen | dauerhafter<br>Anstieg der<br>Fallzahlen   | 1,7                        | A 8 BayBesG /<br>EG 9 a TVöD            | 99.500,00 €                    | Ref. 2 / 1                                    |
| <b>Ref. 3 /<br/>Amt für<br/>Stadtentwicklun<br/>g und<br/>Klimaschutz</b>  | Sachbearbeitung<br>Verkehrsplanung   | Stärkung<br>Radverkehrsplan<br>ung und<br>-koordination  | 1,0                        | EG 11 TVöD                              | 79.000,00 €                    | Ref. 3 / 1                                    |
| <b>Ref. 3 /<br/>Zentrale<br/>Vergabestelle</b>   | Leitung /<br>Sachbe-<br>arbeitung<br>Vergabe-<br>wesen                                     | dauerhafte<br>Aufgabensteiger<br>ung, formale<br>Abwicklung<br>sämtlicher<br>Vergaben für<br>Stadtverwaltung | 1,0                        | A 11 BayBesG /<br>EG 10 TVöD            | 73.100,00 €                    | Ref. 3 / 2                                    |

|   |  |  |     |                            |             |                                      |
|---|--|--|-----|----------------------------|-------------|--------------------------------------|
| <b>Ref. 3 /<br/>Zentrale<br/>Vergabestelle</b>        | Sachbearbeitung<br>Beschaffungswe-<br>sen                                    | Zentralisierung<br>der<br>Beschaffungen /<br>Entlastung<br>Fachbereiche<br>von dezentralen<br>Beschaffungsvor-<br>gängen   | 1,0 | A 8 BayBesG /<br>EG 8 TVöD | 54.700,00 € | Ref. 3 / 3                           |
| <b>BÜNDNIS<br/>90/DIE<br/>GRÜNEN, OLA<br/>und ödp</b> | 2.<br>Klimaschutzbeau-<br>fragter für die<br>Energiethemata<br>(unbefristet) | Wärme und<br>Strom, Mobilität,<br>Koordination<br>der Konzepte,<br>Umsetzung,<br>Unterstützung<br>Akteurs<br>Beteiligung   | 1,0 | EG 10 – 12<br>TVöD         | 80.000 €    | s. bereits<br>vorliegender<br>Antrag |
| <b>BÜNDNIS<br/>90/DIE<br/>GRÜNEN, OLA<br/>und ödp</b> | Kommunales<br>Energiemanage-<br>ment –<br>(unbefristet)                      | Erstellung,<br>Umsetzung und<br>Monitoring der<br>beiden<br>Maßnahmen<br>(KEM)   | 1,0 | EG 10-12 TVöD              | 80.000 €    | s. bereits<br>vorliegender<br>Antrag |
| <b>BÜNDNIS<br/>90/DIE GRÜNEN</b>                      | Baucontrolling   | Unterstützung<br>der jeweiligen<br>Projektleiter*inne<br>n hinsichtlich der<br>Planung und<br>Priorisierung von<br>Projekten, der<br>zeitlichen<br>Abläufe und der<br>Kostenüberwach-<br>ung | 1,0 | EG 11-12 TVöD              | 80.000 €    | s. bereits<br>vorliegender<br>Antrag |

**Der Stadtrat möge darüber hinaus beschließen, folgende Stellen zu streichen:**

|                                  |                              |     |           |            |
|----------------------------------|------------------------------|-----|-----------|------------|
| <b>BÜNDNIS<br/>90/DIE GRÜNEN</b> | Kommunaler<br>Ordnungsdienst | 2,0 | EG 5 TVöD | - 90.000 € |
|----------------------------------|------------------------------|-----|-----------|------------|

**Finanzierung:**

Die von der Verwaltung beantragten Stellen sind in dem uns vorliegenden HH finanziert, 90.000 € werden eingespart.

**Folgekostenbetrachtung:**

Es entstehen Folgekosten für die Haushaltsjahre 2023ff.

**Begründung:**

Wir unterstützen die Mitarbeitenden in der Verwaltung – diese muss funktionieren. In den meisten Bereichen wurden weniger Stellen beantragt als tatsächlich benötigt, einige Stellen wurden aufgrund der Feststellung des Mehrbedarfs in einem schon älteren Gutachten der kommunalen Prüfungsaufsicht beantragt. Jetzt diese Stellen nicht zu besetzen, führt nur zu einem Aufschub – die Mitarbeiter\*innen benötigt die Verwaltung aber zeitnah, zum einen für vermehrte Aufgaben, die, wie z.B. im Bereich des Wohngelds oder der Ersatzbetreuung Kindertagespflege gesetzlich vorgeschrieben sind, zum anderen um die belasteten und Überstunden anhäufenden Verwaltungsmitarbeiter\*innen zu unterstützen und zu entlasten.

Mit der Schaffung dieser Stellen vermeiden wir eine Umschichtung von Personal innerhalb der Verwaltung. Arbeit bleibt an anderen Stellen nicht liegen, Bürgerinnen und Bürger müssen nicht länger auf ihre Bescheide warten. Im Ausländerrecht benötigtes Personal könnte durch zügige Bewilligungen für dringend notwendige Fachkräfte in den Betrieben sorgen und so die lokale Wirtschaft stärken. Noch schwerer wiegt unserer Ansicht, dass z.B. im Bereich

Wohngeld/Grundsicherung die Auszahlung von Leistungen aus dem Entlastungspaket III bei einer erwarteten Verdreifachung der Berechtigten zügig erfolgen muss, damit die Schwächeren in der Gesellschaft nicht mittellos werden. Zudem ist zu erwarten, dass die Personalkosten in diesem Bereich von Bund/Land getragen werden.

Diese Stellen gegebenenfalls befristet zu besetzen, verspricht keine Abhilfe: Qualifizierte Fachkräfte sind kaum für befristete Stellen zu gewinnen, häufig muss dasselbe Geld wie für eine unbefristete Stelle für geringere Qualifikation eingesetzt werden. Außerdem bietet sich uns die Chance, angesichts des anstehenden Generationenwechsels in der Stadtverwaltung junge Arbeitskräfte zu gewinnen, die hoffentlich langfristig bleiben.

Der Maßnahmenkatalog der Fortschreibung der Endenergie- und Treibhausgasbilanz der Stadt Ansbach durch das Büro seecon Ingenieure GmbH sieht zwei zusätzliche Stellen (zweite\*r Klimaschutzbeauftragte\*r und im kommunalen Energiemanagement) vor, die die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, OLA und ödp für die Stellenplanberatungen beantragten – hieran halten wir fest. Zudem beantragen wir erneut eine unbefristete Stelle im Bereich des Baucontrolling: Anstehende größere Bau- und Sanierungsmaßnahmen sollen durch eine\*n Baucontroller\*in begleitet und auch hinsichtlich der Kosten überwacht werden. Die Kosten für diese Stelle werden u.a. durch erwartete Einsparungen u.a. durch Verhinderung vermeidbarer, später kostenintensiv zu beseitigender Mängel ausgeglichen. Hinsichtlich energetischer Sanierungsmaßnahmen hat die Stadt Ansbach eine Vorbildfunktion. Die grundsätzliche Strategie der Entwicklung Ansbachs angesichts der ökologischen und sozialen Herausforderungen darf hier nicht aus den Augen verloren werden.

Die beiden Stellen Kommunalen Ordnungsdienst sind verzichtbar. Unserer Ansicht nach besteht in unserer Stadt seit der Schaffung der Stellen keine erhöhte Gefährdungslage, die diese beiden Stellen rechtfertigt. Bisher war zudem das Stellenbesetzungsverfahren erfolglos, für die Parkraumüberwachung reichen die vorhandenen Kräfte aus. Momentan werden die für diese beiden Stellen benötigten finanziellen Mittel (90.000 €) an anderer Stelle nötiger gebraucht und können hier eingespart werden.

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert darum die Stadtratsmitglieder der Gestaltungsmehrheit auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen, zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger und der Mitarbeitenden der Stadt zu handeln und ihre Blockadehaltung zugunsten der dringend notwendigen Stellen aufzugeben. Diese wichtige Entscheidung muss der Stadtrat als gesamtes Gremium treffen, die Beratung im Personalausschuss darf hier nicht ausschlaggebend sein.

Darum bitten wir um Unterstützung für unseren Antrag.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner  
(Fraktionsvorsitzende)

Oliver Rühl  
(Fraktionsvorsitzender)

Sabine Stein-Hoberg

Richard Illig

Dr. Bernhard Schmid

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN